

Feuerwehr bleibt Hauptthema in Mörfelden und Walldorf

Diskussionen bei jeder Zusammenkunft, Infostände, Flugblätter, Plakate, Unterschriftensammlungen. Die DKP/Linke Liste hatte zu einer öffentlichen Aktion mit Gesprächen, Informationen und einer Fotoausstellung vor dem Mörfelder Rathaus eingeladen. Die DKP/LL will die Aussetzung des Beschlusses zum Bau des zentralen Feuerwehrhauses, will dann gemeinsame Alternativen und Kompromisse finden.

Geli Tuzcu Stadtverordnete der DKP/LL und jüngste Vertreterin im Ältestenrat der Stadt Mörfelden-Walldorf: „Ich bin auf die Erfahrungen und den Rat der Fachleute angewiesen. Und das sind eben die Feuerwehrleute, die seit Jahren vor Ort ihren Dienst leisten und unsere Sicherheit garantieren. Was ich weiß, so wie in dieser Thematik mit der Feuerwehr umgegangen wurde, ist nicht die Art und Weise, wie ich mir Politik vorstelle. Wer so mit Menschen und Vereinen umgeht, der tritt das Ehrenamt mit Füßen. Der trägt dazu bei, dass sich die Bürger von der Politik nicht ernst genommen fühlen.“

Dietmar Treber: „Noch im November war von Bürgermeister Becker zu hören, dass er nur gemeinsam mit den Feuerwehren eine Entscheidung suche und hat sich klar für den Erhalt der beiden Standorte ausgesprochen. Doch Anfang des Jahres wurden alle Empfehlungen und Erkenntnisse von Experten und Fachleuten ignoriert. Auf Drängen der Freien Wähler wurden schließlich alle Sachentscheidungen bei Seite gewischt und eine politische Entscheidung, für einen zentralen Standort der Feuerwehr getroffen“ und so fügte Treber hinzu, „die SPD samt Bürgermeisters sind umgefallen und auf eine andere Linie umgeschwenkt.“

Wir erwarten jetzt aus dem Rathaus ein starkes Signal in Richtung Feuerwehr. Wir sagen: Setzt den Beschluss für ein neues Feuerwehrhaus aus. Kommt zurück zu einem Miteinander. Nur so kann eine neue, tragfähige und für alle zufriedenstellende Lösung gefunden werden. Dazu sollte schnellstens eine Stadtverordnetensitzung einberufen werden, um die Weichen dafür zu stellen.



„Aussitze geht net!“

„Jetzt kommt die Fußballweltmeisterschaft“, haben sich Becker, Ziegler und Co. wohl gedacht, als sie Mitte Juni den Feuerwehrbeschluss im Stadtparlament durchjagten. „Machen wir’s wie die Merkel, die hat auch schon viel überstanden und außerdem ist das alles „alternativlos“!

Klappt aber nicht so ganz. Aus den Feuerwehrvereinen wurde ein Bürgerbegehren auf den Weg gebracht. Die Diskussionen gehen weiter.

Auch weil der Bürgermeister den „starken August“ machte und vor der Kamera sagte:

„Wir können Entscheidungen ja nicht davon abhängig machen, wieviel Druck jemand auf das Stadtparlament und auch die Verwaltung ausübt...“

Offenbar hat er auch schlechte Ratgeber im Rathaus. Wer auf die Idee kommt, wegen versteckter Bonbons in Feuerwehrschuhen, eine Anzeige zu erstatten, ist jedenfalls nicht gerade mit Lebensweisheit gesegnet.

... und da ist ja auch noch der Banker im Rathaus von dem vor allem der ganze „zentrale Blödsinn“ ausgeht. Über sein aktuelles Wirken schreiben wir noch! „Hundert Pro!“



„Rekordversuche“

Jeder weiß: Mörfelden-Walldorf ist sportlich. Am 8. Juli jagten die Teilnehmer des Ironman nahe der Stadt auf der B44 nach Rekorden, und am 15. Juli die Sportler des MÖwathlon.

Ein anderer Rekordversuch wurde jedoch in der Sportpresse kaum beachtet.

Kürzlich machten sich nämlich der Bürgermeister und ein paar Leute aus der Verwaltung auf, um das zu tun, was jeder Bub schon immer mal wollte: Mit dem Feuerwehrauto durch die Stadt brettern.

Damit keiner falsche Knöpfe drückt, waren natürlich auch echte Feuerwehrmänner dabei.

Ziel des kurzweiligen Rekordversuchs: Ein für alle Mal zu „beweisen“, dass die zehninminütige Hilfsfrist auch vom geplanten Gerätehaus zwischen den beiden Stadtteilen eingehalten werden könne.

Da ein Rekordversuch natürlich stark von äußeren Einflüssen abhängig ist, wurde der Zeitpunkt sorgfältig ausgewählt: Man entschied sich für die Ferienzeit/Sommerferien, wo man staufrei sogar bis nach Frankfurt kommt und dort auch im Westend noch Parkplätze im Überfluß findet. Im Industriegebiet sind manche Firmen im Betriebsurlaub und so macher Lkw hat Ferien. Die Bertha-von-Suttner-Schule hat Sommerpause und hunderte Autos von Lehrern und den „Taxi-Eltern“ bleiben zu Hause.

So konnte man, ohne auf allzu viele störende Verkehrsteilnehmer zu treffen, auf die Jagd nach Rekorden gehen.

Was das wackere Team an Spitzenzeiten herausgefahren hat, weiß man noch nicht, denn die gestoppten Ergebnisse können nicht einfach so veröffentlicht werden, sondern müssen erst noch von einem „Spezialunternehmen“ geprüft und aufbereitet werden. Man darf gespannt sein.

Leider wird bei dieser Fahrerei vergessen: die Feuerwehrleute müssen bei einem Alarm ja erst einmal auch ins Feuerwehrgerätehaus kommen. Und diese Zeiten werden sich, so Fachleute, entschieden verlängern.

Der Umwelt zuliebe!

„Frassur Umweltschutz Dienstleistungen - Wertstoffhof der Stadt Mörfelden-Walldorf“

... so steht es auf der Webseite der Firma Frassur.

Aber bald soll dort, in Walldorfs Norden, alles vorbei sein. Viele sind sauer über diese Nachricht.

Konnten früher die Mörfelder noch Wertstoffe zum Bauhof Mörfelden bringen, ist offenbar vorgesehen, dass ab Dezember 2018 alles in Büttelborn abgeliefert werden soll.

Der voraussehbare Frassur-Schluss wird dort einige Arbeitsplätze kosten - vor allem aber müssen die Anlieferer noch weiter fahren.

Wenn viele das nicht wollen, die illegalen Abladungen wiederzunehmen, dann sollten wir an die Frassur-Sprüche denken: „der Umwelt zuliebe“.

Immer mehr wird rationalisiert, es würden Synergie-Effekte entstehen, heißt es - in Wirklichkeit ist es ein weiterer Abbau von wichtigen Dienstleistungen.

Dagegen wenden wir uns entschieden.

Vollzieher

Stadtverordneter Carsten Röcken (FDP) am 19. Juni 2018 in der Stadtverordnetenversammlung (sinngemäß): der Koalition, zumindest jedoch seiner Partei geht es darum, die Fusion von Mörfelden und Walldorf im Jahre 1977, die bislang nicht zur Zusammenlegung von Einrichtungen geführt habe, nun endlich zu „vollziehen“.

Indem man nun endlich daran gehe wesentliche Einrichtungen zentral zusammenzufassen, die bislang in jedem Stadtteil für sich bestanden.

Offenbar haben FW und FDP politischen „Visionen“ die das Ziel verfolgen, die Grünflächen zwischen den Stadtteilen zu bebauen und alle wesentlichen Einrichtungen dort zentral anzusiedeln. Das ist in den letzten 40 Jahren zurecht am Widerstand der Bevölkerungsmehrheit gescheitert. Die unökologische und lebensqualitätsmindernde Total-Bebauung, ist verantwortungslos. Aber da gibt es welche, in deren Augen „Betongold“ glitzert.

Aus Treff 3000 wird Netto

Der „Treff 3000“ am Mörfelder Allende-Platz macht schon wieder zu. Haben wir uns zu früh gefreut? Waren alle die Aktionen doch umsonst? Haben die uns angeschmiert?

Nein, nicht direkt. Sie versuchen nur, die Steuer anzuschmieren.

Ein Blick in den Wirtschaftsteil der Zeitung erklärt's:

„Edeka Südwest ersetzt seinen eigenen Discounter Treff 3000 nach Informationen der BZ zum Teil durch Netto-Märkte. Die restlichen 80 Märkte sollen unter der neuen Marke Xpress laufen“.

Dass Supermarktketten jede Menge Juristen und findige Steuerberater beschäftigen, ist bekannt. Und alle paar Monate oder Jahre kann man das große Stühlerücken der Einkaufsmärkte beobachten, wenn überall wieder mal neue Schilder angeschraubt werden, um „positive fiskalische Effekte zu erzielen“ (deutsch: um irgendwelche Steuern zu sparen). So funktioniert das im Kapitalismus.

Die Chose ist langweilig und uralt und interessiert uns eigentlich nur, wenn sie auf dem Rücken der Kunden und Verkäuferinnen ausgetragen wird.

Das scheint hier aber der Fall zu sein: Das „Bäumchen-wechsle-Dich“ Spiel führt - wie man hört - zu einer 4-wöchigen Schließung des Marktes, bis alle Schilder ausgetauscht sind und das Personal in einem andersfarbigen Kittel die Türen wieder öffnet.

Und ob alle Mitarbeiterinnen übernommen werden, ist auch nicht so ganz klar. Aber da schauen wir doch mal genau hin.

Wir bleiben dran und melden uns wieder!

Verantwortungsvoll

Wegen der großen Trockenheit und ständiger Waldbrandgefahr haben viele Feuerwehrleute ihren „Protest-Urlaub“ unterbrochen. Das ist auch ein Signal an den Bürgermeister, das beachtet werden sollte.

Da in den Ferien noch weniger Feuerwehrleute als zuletzt ohnehin schon bereit stünden, hätten sich die Einsatzkräfte zu diesem Schritt entschlossen. Die Sicherheit der Bürger stehe an erster Stelle.

Jörg Cezanne, MdB

Fraktion
„Die Linke“



Eine Rente zum Leben – für alle

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat im Juli sein Rentenpaket vorgestellt. Die Vorschläge bieten nichts Neues und bleiben weit hinter den Herausforderungen zurück. Verkäuferinnen, Erzieher oder Pfleger werden mit dieser Rente nicht über die Runden kommen.

DIE LINKE fordert weiterhin die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent des letzten Gehalts. Das bedeutet 122 Euro netto mehr im Monat für einen »Standardrentner«. Zusätzlich braucht es eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1050 Euro und 12 Euro Mindestlohn. Der Arbeitsminister muss mehr Mut aufbringen, um wirklich etwas gegen Altersarmut zu unternehmen.

Mit den Renten»reformen« von SPD und Grünen wurde dafür gesorgt, dass die Unternehmen deutlich weniger in die Rentenkasse einzahlen als die Beschäftigten. Die Folge: Das Niveau der gesetzlichen Rente befindet sich im Sinkflug. Von einst rund 53 Prozent im Jahr 2000 sollte es auf 41,7 Prozent im Jahr 2045 fallen. Das dieser Absturz jetzt bei 48 Prozent aufgehalten werden soll, ist nur ein kleiner Schritt in die immerhin richtige Richtung. Die staatlich geförderte Riesterrente ist gescheitert. Milliarden an Subventionen landen in den Kassen der Versicherungskonzerne statt in den Portemonnaies der Rentnerinnen und Rentner. Und Millionen Menschen mit normalen und niedrigen Einkommen können gar nicht privat vorsorgen. Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind von Armut bedroht. Das muss dringend geändert werden!

KOMMUNALES

Konfrontation beenden - Auf die Feuerwehren zugehen!

DKP/Linke Liste empfiehlt: Konfrontation beenden - Auf die Feuerwehren zugehen

Nachdem die SPD/FW/FDP-Mehrheit am 19. Juni beschlossen hat, gegen eine Empfehlung der Brandschutzkommission und der großen Mehrheit der Aktiven der Freiwilligen Feuerwehren und ihrer Vereine in Mörfelden-Walldorf ein zentrales Feuerwehrgerätehaus zu planen, ist das Thema Stadtgespräch.

Viele aktive Feuerwehrleute beantragten ihre Beurlaubung um deutlich zu machen, dass sie diesen Beschluss für unverantwortlich halten. Viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt fragen sich, warum der Bürgermeister mit seiner Koalition die Konfrontation mit der Feuerwehr gesucht hat und daran festhält.

Dass die Freien Wähler ein zentrales Feuerwehrgerätehaus weiterhin als alternativlos ansehen, sollte er sich nicht zu Eigen machen. Auch die SPD sollte nachdenken.

Erst nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung lagen in der ersten Ferienwoche die Beschlussvorlagen der Brandschutzkommission vor. Viele Fragen zum Brandschutz und der Zukunft der Freiwilligen Feuerwehren in unserer Stadt blieben auch da weiterhin offen.

So lag auch der Brandschutzkommission keine schriftliche Stellung-

nahme des Kreisbrandinspektors zu den neuen Plänen vor, von der in der örtlichen Presse zu lesen war.

Unserer Fraktion liegt sie - wenn es sie denn gibt - jedenfalls bis heute nicht vor. Transparenz und Bürgerbeteiligung sieht anders aus.

Inzwischen werden Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen den Parlamentsbeschluss gesammelt.

Würde der Bürgermeister ernsthaft überlegen, ein Mediationsverfahren zur Zukunft der Feuerwehrgerätehäuser durchzuführen, wäre er gut beraten, die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung auszusetzen. Auf Grundlage der gefassten Beschlüsse ist ein solches Verfahren undenkbar.

Mit seiner Strafanzeige aufgrund von nicht nachvollziehbaren Vorkommnissen in den Gerätehäusern, mit der aktiven Feuerwehrleuten öffentlich kriminelles Handeln unterstellt wird, gießt der Bürgermeister Öl ins Feuer, statt auf einen Ausgleich hinzuwirken.

Aus unserer Sicht ist es höchste Zeit für ein deutliches Signal aus dem Rathaus an die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren - insbesondere auch an die, die inzwischen ihre Anträge auf Beurlaubung ausgesetzt haben - und ihre Vereine, die Konfrontation zu beenden und offen auf sie zuzugehen.

Hiroshima mahnt: Verbot aller Nuklearwaffen! Kundgebung auf dem Frankfurter Paulsplatz am 4. August 2018, 11 Uhr

Am 6. August 1945 zerstörte eine einzige Atombombe, abgeworfen von einem US-Flugzeug, die japanische Großstadt Hiroshima. Zehntausende Menschen starben durch die gewaltige Druckwelle, die infernalische Hitzewelle und, oft noch Jahre später, durch die tückische Verstrahlung, häufig mit der Folge einer Krebserkrankung.

Danke

*Wir bedanken uns für
Hinweise und für die
großen und kleinen
Spenden, die wir
erhalten!*

*Unser Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN*

DE3750852553 0009003419



Tim Beyermann studierte in Japan. Er berichtet von hier für den „blickpunkt“. Heute sein letzter Bericht von dort:

In den vergangenen Wochen kam es in West-Japan zu den heftigsten Regengüssen seit Jahrzehnten. In der Folge stehen ganze Landstriche unter Wasser, 8 Millionen Menschen wurden angewiesen ihre Häuser zu verlassen, um sich in Sicherheit zu bringen und mehr als 220 Menschen haben ihr Leben verloren.

Beispielhaft ist in dieser Zeit nicht nur die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung - es haben sich bisher rund 20.000 Freiwillige in die betroffenen Regionen begeben, um ihren Mitmenschen zu helfen, die praktisch vor dem Nichts stehen - sondern auch das nächste Fettnäpfchen in das die Regierung von Premierminister Abe tappte.

Nach den Skandalen um staatlichen Grund, der unter Wert an eine nationa-

listische Privatschule verkauft wurde, gab es passend zu dem Wochenende, an dem die Regenfälle ihren Höhepunkt erreichten, ein Foto, das über die sozialen Netzwerke verbreitet wurde, dass PM Abe zusammen mit einigen anderen Schwergewichten seiner LDP (Liberal Democratic Party) beim Feiern in einem von Tokyos nobelsten Stadtteilen zeigte.

In Akasaka, so heißt die nette Nachbarschaft in der der PM Abe residierte, bevor er in seinen Amtssitz im Regierungsviertel zog, ist man an das Gehabe bereits gewöhnt, von Taktgefühl, zeugt die Aktion trotzdem nicht.

Neben einem kurzen Statement, dass man alle möglichen Vorkehrungen getroffen hätte, um der Bevölkerung zu helfen, raunte er öffentlich seinen Parteikollegen Yasutoshi Nishimura an, der das Bild in Umlauf gebracht hatte und liess verlauten, dass er ihm bereits gesagt hätte, nicht immer so viel zu twittern. Ob da das Problem lag?

Noch ein paar Marx-Zitate

Neugierig geworden?

Wer mehr erfahren will, kann beim „blickpunkt“ anrufen.

„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht.“

„Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüth einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks.“

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“

„Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“



Unser heutiges Zitat zum Marx-Jahr: „... man muss diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!“

Karl Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“. Einleitung. MEW 1, S. 381, 1844

ROCK GEGEN RECHTS

Für Frieden und Solidarität

**Gegen Ausgrenzung –
Für Frieden und Solidarität**

**Großes Bündnis veranstaltet
Rock gegen Rechts 2018
in Frankfurt am 1. September**

Am diesjährigen Antikriegstag, wird ein großes Konzert als politische Kundgebung auf dem Frankfurter Opernplatz stattfinden. „Für Frieden und Solidarität“ lautet die Überschrift, unter der sich über 70 Organisationen zusammengefunden haben, darunter Umwelt- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Parteien, Stiftungen und städtische Institutionen.

Anlass für das Bündnis sind auch die aktuellen politischen Diskussionen, in denen oft ein zunehmend menschenfeindlicher Ton dominiert. „Wir wollen ein Zeichen gegen Rassismus und Ausgrenzung, für Frieden und Menschenrechte, Vielfalt und Solidarität setzen“, sagt Philipp Jacks, der die Veranstaltung federführend organisiert. „Wir wollen eine Politik des Friedens, der Abrüstung und der Solidarität. Menschenrechte dürfen nicht verhandelbar sein. Frankfurt und Deutschland waren schon immer multikulturell, und gerade diese Vielfalt ist unsere Stärke.“ Die Schirmherrschaft übernommen haben die Vizepräsidentinnen der Deutschen Bundestages Claudia Roth und Petra Pau, sowie Oberbürgermeister Peter Feldmann. Musikalische Beiträge sind geplant von Shantel & Bucovina Club Orkestar (Balkan-Pop), Sookkee (Hip-Hop), Gastone (Folklore/Pop), Revolte Tanzbein (Ska), FEE. (Singer-Songwriter), Azzis mit Herz (Hip-Hop), Baby Shoo (Hip-Hop), Ethnotolia (World) und dem GKB Frauen Rock Chor.

Der Eintritt ist frei, Informationen auf www.rock-gegen-rechts.info

Auch Mörfelden und Walldorf haben eine Flüchtlingsgeschichte

In der Zeit von 1820 bis 1850 entschlossen sich Familien aus Mörfelden und Walldorf zur Auswanderung. Sie sahen hier keine Zukunft mehr. Die Namen klingen noch vertraut. Aus Walldorf gingen u.a.: Philipp und Adam Vinson, Johannes und Jakob Schad, Abraham Jourdan, Johannes Passet, Peter Geibel, Johannes Pastre, Johannes Cezanne, Adolf und Johannes Pons, Jakob Reviol, Peter Klein, Philipp Emmerich. In Mörfelden sind u. a. folgende Namen in den Akten: Henriette Apfel, Anna Brand, Peter Dechert, Daniel Dilfer, Eleonore Fritz, Georg Geiß, Joh. Philipp Gernandt, Joh. Philipp Gütlich, Wilhelm Jacob, Daniel Jung, Johannes Kalb, Heinrich Kalb, Friedrich Kemmler, Adam Knöß, Johannes Kuchler, Wilhelm Kunz, Georg Müller, Magdalene Schäfer, Heinrich Scherer, Ludwig Schulmeyer. Bei einigen bezahlte die Gemeinde Mörfelden die Überfahrt. Man wollte sie wahrscheinlich loswerden. Meist landeten sie in den Vereinigten Staaten, einige gingen nach Brasilien und Mexiko.



Diese Karikatur ist schon sehr alt. Mittlerweile sind Flüchtlinge Tagesthema. Schiffe werden gestoppt und dürfen in keinen Hafen. Manche erinnern sich noch an das Flüchtlingsschiff „Exodus“. Über 4000 jüdische KZ-Überlebende versuchten 1947 per Schiff von Frankreich nach Palästina zu gelangen. Keiner wollte die Menschen auf der „Exodus“.

Die Rechtspopulisten in Europa können das Mittelmeer total absperren. Seehofer kann Lager bauen und Österreich und Ungarn neue Mauern und Grenzen betonieren. Die Menschen, die vor Krieg, Hunger und Armut fliehen, werden so nicht aufzuhalten sein. Wir müssen uns in die Menschen und ihre Lage hineinversetzen, in die Mütter und Kinder, in die Jugend ohne Zukunft. Wie schlimm muss es sein, keinen Ausweg mehr zu sehen, die Heimat zu verlassen, sich auf Schlauchboote zu begeben und nicht zu wissen, ob die Überfahrt gelingt.

In unserer Stadt gab es und gibt es ein großes Engagement in der Flüchtlingsarbeit. Viele Menschen wollen, dass den Menschen geholfen wird.

Es gibt auch andere, die Angst haben oder meinen, wir sollten nicht so viele Asylsuchende aufnehmen. Man muss die Bedenken ernst nehmen und gleichzeitig erinnern: Die Fluchtursachen sind nicht so schnell aus der Welt zu schaffen. Man muss die Welt verändern.

Die Aufgabe bleibt, die Grundsätze der Verfassung zu realisieren

Die Verfassung des Landes Hessen ist die erste im Nachkriegsdeutschland beschlossene Verfassung. In ihr steht bis heute die damalige Erkenntnis, dass es nie wieder Faschismus und Krieg geben dürfe. Sie wurde durch einen Volksentscheid am 1. Dezember 1946 angenommen. Die hessische Landesregierung entschloss sich, diese Verfassung zu „reformieren“. Sie machte das vordergründig an der in der Verfassung enthaltenen Möglichkeit der Todesstrafe fest, obwohl diese durch das später in Kraft getretene Grundgesetz bereits ungültig geworden war.

Tatsächlich ging es den Betreibern der „Reform“ um etwas anderes. Unter den Änderungsvorschlägen befanden sich die nach Streichung der kapitalismuskritischen und prosozialistischen Teile der Verfassung. Zur Vorbereitung der Verfassungsänderung wurde eine „Enquetekommission“ eingerichtet, mit Beteiligung von Organisationen und Institutionen. Insgesamt kamen weit über 200 Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zusammen, über zwei Jahre lang wurde diskutiert. Zum Schluss kamen dabei nur 15 Änderungs- und Ergänzungsvorschläge heraus, die einvernehmlich von CDU, Grünen, SPD und FDP getragen werden; in einigen Punkten zustimmend auch von der Linksfraktion.

Für alle, die sich für die Verteidigung der Verfassung eingesetzt haben, ist das Ergebnis ein Erfolg. An die substantiellen Bestandteile der Hessischen Verfassung wollte man offenbar dann doch nicht mehr herangehen, zumal neben der LINKEN vor allem SPD und Gewerkschaften, aber auch Sozialverbände und andere Teile der Zivilgesellschaft Widerstand signalisiert hatten. Darüber hinaus waren CDU und andere offenbar auch kaum daran interessiert, dass es über die kapitalismuskritischen Teile der Verfassung zu einer größeren öffentlichen Diskussion kommt. Dabei wäre dann sicher thematisiert worden, dass die CDU selbst, ebenso wie SPD und KPD, seinerzeit die Texte für die Verfassung erarbeitet hatte.



PSA will in Rüsselsheim 3000 Arbeitsplätze vernichten

Die französische Zeitung „Le Monde“ berichtete, die Opel-Mutter PSA wolle Teile des Entwicklungszentrums verkaufen. Diese Zeitungsmeldung, überraschte den Opel-Betriebsrat und die Belegschaft.

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Wolfgang Schäfer-Klug: „Es wurde bekannt, dass Papiere vorliegen, die klar dokumentieren, wie fortgeschritten die Gespräche sind, und dass die Geschäftsleitung bewusst nur die halbe Wahrheit oder die Unwahrheit sagt. Die Empörung in der Belegschaft ist riesengroß.“

Bei der Übernahme von Opel durch die PSA-Gruppe im vergangenen Jahr gab es bei vielen Opelern und dem Betriebsrat offenbar viele Illusionen über die zukünftige Entwicklung.

Gerade deshalb schlug der „Le Monde“-Bericht wie eine Bombe ein. Eine Zeitung schrieb: „Den Betriebsrat hat es kalt erwischt“.

Marktbeobachter wie Ferdinand

Dudenhöffer von der Universität Duisburg-Essen vermutet eine durchdachte Strategie. „Aus Sicht von PSA könnte es sinnvoll sein, Opel umzubauen in Richtung einer Hülle für Citroen- und Peugeot-Fahrzeuge“. PSA habe sich mit Opel einen Absatz von 1,2 Millionen Neuwagen quasi „dazugekauft“. Die Eigenständigkeit des Entwicklungszentrums sei für diese Strategie nicht essentiell.

Insgesamt sind im Forschungs- und Entwicklungszentrum in Rüsselsheim 7700 Ingenieure beschäftigt. Der französische PSA-Konzern hatte Opel erst im vergangenen Jahr für 1,3 Milliarden Euro vom US-Autobauer General Motors (GM) übernommen. 4000 Arbeitsplätze stehen jetzt auf dem Spiel.

Von den 3700 Stellen, die Opel an seinen deutschen Standorten abbauen will, entfallen allein rund 3000 Arbeitsplätze auf den Stammsitz in Rüsselsheim. Aktuell beschäftigt der Opel in Rüsselsheim noch rund 14.000 Mitarbeiter. (Es waren einmal 42.000). Im Zuge der „Sanierung“ sollen jetzt etwa 21% der Stellen wegfallen. Auf die Standorte Eisenach und Kaiserslautern entfallen dem bekanntgewordenen Plan zufolge 450 beziehungsweise 200 Stellen, die abgebaut werden sollen.

Die Opel-Mitarbeiter fühlen sich betrogen, nachdem die Pläne für den Teilverkauf des Entwicklungszentrums bekannt wurden. Viele Tausend Kolleginnen und Kollegen auf einer turbulenten Betriebsversammlung fürchten nun den Ausverkauf des Unternehmens.



Nie wieder Krieg! Abrüsten statt Aufrüsten!

In einem DGB-Aufruf zum Antikriegstag am 1. September 2018 heißt es u.a.:

„Am Antikriegstag gedenken die Gewerkschaften des Grauens und des unermesslichen Leids der beiden Weltkriege, die über 80 Millionen Tote gefordert haben. Jährlich erinnern wir am 1. September daran, dass es dieser Tag war, an dem Nazi-Deutschland mit seinem Überfall auf Polen 1939 den Zweiten Weltkrieg entfacht hat. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Das ist die unumstößliche Lehre, die wir Gewerkschaften aus den Weltkriegsschrecken des 20. Jahrhunderts gezogen haben. Dazu bekennen wir uns. Dafür steht die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, Europa und weltweit!

Waffengewalt und militärisches Hochrüsten lösen keine Probleme.

Deshalb lehnt der DGB das NATO-Ziel ab, die Rüstungsausgaben der Bündnispartner auf zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Für die Staaten Europas würde dies bedeuten, dass ihre Militäretats von 500 Milliarden Euro auf 800 Milliarden anwachsen. Auch Deutschland müsste seine Rüstungsausgaben annähernd verdoppeln. Das wären alleine in Deutschland weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen würden: für Investitionen in Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine gerechte und ökologische Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende, für eine bessere Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit.“

Die DKP und der „blickpunkt“ beteiligen sich an der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“.

Unterschriftenlisten, Materialien und weitere Infos gibt es hier: www.abruesten.jetzt oder bei: Gerd Schulmeyer, Tel. 23366

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Ryanair, Condor & Co. machen, was sie wollen

Seit Monaten verstößt Ryanair gegen das Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen. Zwar wurden einzelne Flüge nach vorne verlegt - doch andere landen nun später.

Allein im Monat Juni wurde das Nachtflugverbot nachweislich 203 mal missachtet.

Eine Datenrecherche des Hessischen Rundfunk zeigt, dass die Fluggesellschaft offenbar Ausnahmeregelungen ausnutzt, um das Nachtflugverbot systematisch außer Kraft zu setzen.

Schlimmer noch: Nach HR-Recherchen betrifft das auch andere Fluggesellschaften, wie beispielsweise den Airliner Condor.

In Übereinstimmung mit zahlreichen Umweltverbänden fordert die DKP/LL von Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) endlich zu prüfen, inwieweit Fluggesellschaften, die ständig nach 23 Uhr landen, die Landeerlaubnis entzogen werden kann. „Das Übertreten von Gesetzen und Regelungen zum Schutz von Menschen und Natur darf nicht auch noch zum Geschäftsmodell gemacht werden.“

Jahrelang sei von den Ausbauparteien CDU, SPD und FDP sowie dem Flughafenbetreiber Fraport AG behauptet worden, ohne den Ausbau komme es zu bedrohlichen Kapazitätsengpässen und der Flughafen sei dann nicht mehr konkurrenzfähig. Längst sei klar, dass Billigflieger einen Unterbietungswettbewerb in Gang gesetzt hätten. Doch Fraport wolle mit genau diesen bestehenden Überkapazitäten

auffüllen – eine groteske, nicht zu akzeptierende Entwicklung.

Davon, dass die Grünen einst auch gegen den weiteren Ausbau des Frankfurter Airport waren und die Bürgerinitiativen in ihrem Kampf unterstützten, ist leider nicht mehr viel zu spüren. An der Seite der CDU tragen sie in Wiesbaden vielmehr dazu bei, eine Fehlentwicklung weiter zu befördern.

Die DKP/LL fordert statt Wachstum um jeden Preis eine Deckelung der Flugbewegungen auf 380.000 pro Jahr und ein echtes, achtstündiges Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.



20. UZ-PRESSEFEST DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

7. – 9. SEPTEMBER 2018
REVIERPARK WISCHLINGEN DORTMUND

**KONSTANTIN WECKER
ESTHER BEJARANO
& MICROPHONE MAFIA
KAI DEGENHARDT
KLAUS DER GEIGER
DIE GRENZGÄNGER
THE POKES u.v.m.**

**UND: KLEZMER, PUNK
LIEDERMACHER, SKA
RUMBA, REGGAE**

**THEATER
LESUNGEN
KINDERFEST
FLOHMARKT
BÜCHERMARKT
DISKUSSIONEN
AUSSTELLUNGEN
GRAFIKEN VON
DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE
SPEZIALITÄTEN**

**Eintritt
frei**

Mehr Infos: pressefest.dkp.de

50
JAHRE
DKP

ANTIFASCHISTISCHE
AKTION

DKP



Heinrich Balthasar Raiß (1870-1948), in Mörfelden auch Spargel-Raiß oder sicher auch nur „Raiße-Heuner“ genannt, wie er in den 1930er Jahren das Heu von seiner Wiese im Oberwald mit seiner Kuh nach Hause fuhr. Von Heuernte bekommt in unserer Gegend heute kaum noch jemand etwas mit. Vor ca. 60-70 Jahren herrschte Ende Juni auf den umliegenden Wiesen noch reges Treiben. Die ganze Familie, Großeltern, Eltern und Kinder waren eingespannt. In aller Frühe, wenn noch der Tau auf den Wiesen lag, wurde vom Vater oder vom Großvater das Gras von Hand mit der Sense gemäht, dann mit der Heugabel „verschnickt“ (verteilt), mehrmals zum Trocknen mit dem Rechen gewendet und gegen Abend auf Haufen gesetzt. Am nächsten Tag begann die Prozedur aufs Neue, bis dann das Fuhrwerk kommen und für den Heimtransport beladen werden konnte. Das Heu und im Spätsommer auch nochmals das Grummet (von Grünmahd) war für die Kleinbauern und Nebenerwerbs-Landwirte zur Fütterung ihrer Ziegen und Kühe unentbehrlich. Auch für Heinrich Raiß, der neben seiner Berufstätigkeit als Lademeister bei der Bahn und später als Rentner sich noch auf seinen Äckern und Wiesen plagte, um seinen Lohn oder die Rente aufzubessern. Er wohnte mit seiner Familie in der Mörfelder Bouquettengartenstraße, die später in Gartenstraße umbenannt wurde. Nach der Fusion mit Walldorf musste sie in Wolfsgartenstraße umbenannt werden, da es dort bereits eine Gartenstraße gab. Man nannte Heinrich Raiß in Mörfelden auch „Spaschel-Raiß“ („Spargel-Raiß“), da er als einer der ersten in Mörfelden schon 1910 Spargel anbaute.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa



Shiatsu-Massageworkshop

Mit Gesund-Fit Shiatsu-Praktikerin Britta Rollwagen
Samstag, 04.08.2018, 11 bis 12:30 Uhr
Eintritt frei

Hommage an Christian Morgenstern:

Nur wer sich wandelt, bleibt mit mir verwandt!
Anja Bilabel und Tatjana Pereswetow (Akkordeon)
Samstag, 11.08.2018, 20 Uhr
Eintritt: € 8,-/€ 6,- (ermäßigt)

Das Vinyl wird gerettet

Donnerstag, 16.08.2018, 20 Uhr
Eintritt frei

Konzert Bestb4

Samstag, 18.08.2018, 20:30 Uhr,
Einlass: 19:30 Uhr
Eintritt: € 8,-/€ 6,- (ermäßigt)

Bal Folk Session für Musiker und ihre Gäste

Mittwoch, 22.08.2018, 19:30 Uhr - Eintritt frei

Klimawandel im Nahen Osten und Nordafrika

Zukünftige Unbewohnbarkeit und kommende Massenflucht
Diskussionsveranstaltung mit Dr. Klaus Meier
Donnerstag, 30.08.2018, 20 Uhr
Eintritt frei

Unser Lexikon

Schbrisch

Dehr iss verloor
mit Schuh un
Schdrimb.